

Der konfliktreiche Abschied vom Erdgas

Die Stadt Basel will künftig ohne fossile Energien heizen. Nun gibt es heftige Kritik von Grosskunden und vom Preisüberwacher. Die gleichen Probleme drohen auch in anderen Gemeinden.

Jürg Meier

10.07.2021, 21.45 Uhr



Schauplatz eines Streits, der die ganze Schweiz betrifft: Blick auf Basel mit Münster und Altstadt.

Travelita

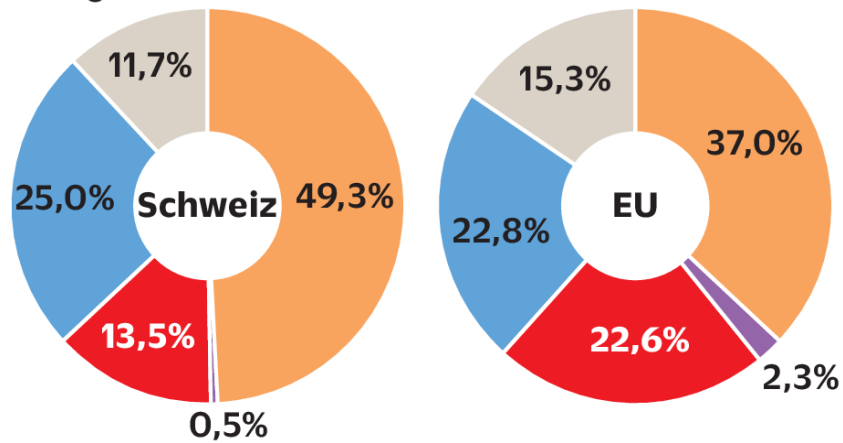
Erdgas darf in unserem Energiesystem der Zukunft nur noch eine kleine Rolle spielen, wenn die Schweiz 2050 tatsächlich klimaneutral sein will. Doch einfach wird der Ausstieg nicht. Erdgas ist nach Erdöl und Strom der dritt wichtigste Energieträger der Schweiz. Zehntausende Industrieunternehmen und Hunderttausende Private nutzen ihn. Wie sollen sie zum Umstieg gebracht werden?

Daran entzündet sich Streit, wie sich an den Industriellen Werken Basel (IWB) zeigt. Der Versorger der Stadt Basel, der auch im Umland aktiv ist, hat angesichts des absehbaren Gasanstiegs ein neues Preismodell beschlossen. Und damit heftige Kritik des Preisüberwachers und von Grosskunden ausgelöst.

Erdgas: wichtiger Energieträger

Endenergieverbrauch in der Schweiz und in der EU

■ Erdölprodukte ■ Kohle ■ **Erdgas** ■ Elektrizität
■ Übrige



Quelle: VSG / Zahlen aus dem Jahr 2018

Für die Berechnung der neuen Tarife haben die IWB die Abschreibungsdauer der Leitungen und Anlagen reduziert. Anstatt 80 Jahre beträgt sie nur noch 50 Jahre. Was nach einer banalen buchhalterischen Umstellung tönt, hat direkte Konsequenzen für die Bezüger: Sie müssen künftig deutlich mehr für die Nutzung des Gasnetzes bezahlen.

Der Preisüberwacher geht von einer Zunahme von rund 30% aus. Und das stösst ihm sauer auf: «Das Risiko des prognostizierten Nachfragerückgangs wird auf die heutigen Erdgaskunden überwältzt», heisst es in einem umfangreichen Schreiben an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.

Mehrfache Kritik

Die IWB weisen die Kritik zurück. «Die geänderte Abschreibungsdauer entspricht dem Branchenstandard für Gasversorgungsanlagen», erklärt Unternehmenssprecherin Jasmin Gianferrari.

Die neue Abschreibungsdauer ist aber nicht der einzige Punkt, der dem Preisüberwacher missfällt. Er machte dem Regierungsrat gleich fünf Empfehlungen, weil er die Berechnungsmethode für problematisch und kundenunfreundlich hält.

Der Basler Regierungsrat setzte aber nur gerade eine der fünf Empfehlungen um. Geschickterweise genau die, welche zumindest vorerst politischen Druck aus der Diskussion nehmen wird: Weil der Erdgaspreis auf dem internationalen Energiemarkt im vergangenen Jahr deutlich sank, konnten Gasversorger wie die IWB den Brennstoff günstiger einkaufen. Diese Ersparnis geben die IWB nun den Kunden weiter.

Für Kleinkunden, die zum Beispiel Gas zum Heizen nutzen, ist das erfreulich: Ihre Gaspreise sinken sogar leicht, obwohl sie für die Nutzung des Netzes jetzt mehr zahlen müssen.

Ganz anders sieht die Situation aber für Grosskunden aus, wie Energieexperte René Baggenstos erklärt. Er ist Geschäftsführer der IG Erdgas, welche die Interessen von grossen Gaskunden vertritt, sowie Miteigentümer des Beratungsunternehmens Enerprice, das auch im Gasverkauf tätig ist. Viele Industriekunden kamen im Gegensatz zu den Kleinverbrauchern nicht in den Genuss einer Preissenkung. Bei ihnen schlägt die Erhöhung der Netzkosten voll durch – und zwar oftmals happig, wie Baggenstos errechnet hat.

Bei einem Grosskunden war die Preissteigerung so erheblich, dass er seine Industrieanlage nun nicht mehr mit Erdgas beliefern lässt. Sondern mit Heizöl. «Das ist aus Sicht des Klimaschutzes höchst unerfreulich, weil das Unternehmen jetzt deutlich mehr CO₂ ausstösst», sagt Baggenstos. Doch mit dem Wechsel von Erdgas auf Öl spare die Firma rund 400 000 Franken im Jahr. Baggenstos steht mit weiteren Unternehmen im Kontakt, die ähnliche Pläne verfolgen.

Den IWB ist der Fall des Unternehmens, das jetzt Erdöl statt Gas verbrennt, bekannt. Sie sprechen von einem «Einzelfall». Eine Umstellung auf Öl werde langfristig nicht wirtschaftlich sein, fügt Sprecherin Jasmin Gianferrari an. Und ohnehin: «Die überwiegende Mehrzahl unserer Kunden fragt nach klimafreundlichen Alternativen und ist sich bewusst, dass dafür Investitionen notwendig sind», ergänzt sie.

Für René Baggenstos ist der Fall dagegen exemplarisch: «Beim Ausstieg aus dem Erdgas besteht die grosse Gefahr, dass am Schluss die Grosskunden die Zeche bezahlen müssen – nicht nur in Basel.» Der Grund: Viele Industrieanlagen sind auf Erdgas angewiesen.

Kleinkunden haben Alternativen

Zwar gibt es Alternativen – Anlagen zum Beispiel, die Holzstaub verbrennen und so die benötigte Hitze produzieren. Doch ihr Betrieb erfordert eine höchst komplexe Logistik und viel Platz. Zudem sind die Anlagen lärmintensiv und oft sehr teuer. «Wird das Erdgas wie in Basel plötzlich massiv teurer, können die Unternehmen darum nicht auf andere Technologien ausweichen», sagt Baggenstos.

Bei Kleinkunden dagegen ist das meist anders: Sie haben Alternativen – von der elektrischen Kochplatte über die mit Strom betriebene Wärmepumpe bis zur Fernwärme. Auf längere Frist gerechnet sind diese Alternativen oft sogar günstiger.

Es ist kein Zufall, dass der Preisüberwacher und die grossen Gaskunden den Entwicklungen bei den IWB so viel Beachtung schenken. Das Unternehmen ist ein Vorreiter beim Thema. «In anderen Kantonen ist der Wille nach einem Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung zwar ebenfalls spürbar», sagt IWB-Sprecherin Gianferrari. «Die gesetzlichen Vorgaben gehen dort aber derzeit noch nicht so weit wie jene in Basel-Stadt.»

Die IWB haben inzwischen beim 1920 gegründeten Verband der Schweizerischen Gasindustrie ihren Austritt gegeben, weil ihnen dieser beim Klimaschutz zu behäbig unterwegs ist. Das sorgte in der Branche, die bisher zusammenhielt wie Pech und Schwefel, für einiges Aufsehen.

Der Kunde zahlt mit

Beim Vorreiter IWB zeigt sich aber auch, wie komplex und teuer der Ausstieg aus dem Erdgas wird – und wie gross die Versuchung ist, wo immer möglich die Kunden dafür mitzahlen zu lassen. «Alle 90 Schweizer Gasversorger stehen vor dem gleichen Problem», sagt Preisüberwacher Stefan Meierhans. «Wir haben Anzeichen dafür, dass auch andere solche Preismodelle entwickeln.» Und er warnt: «Wenn die Gaswerke die bestehenden Kunden melken wollen, um ihr neues Geschäftsmodell zu finanzieren, dann werde ich mich für sie dagegen wehren.»

Preisüberwacher Stefan Meierhans.
Marco Zanoni

Alternativen gäbe es. Weil die Schweiz den Erdgasausstieg bis 2050 schaffen will, schlägt der Preisüberwacher einen Kompromiss vor: Die Gaswerke sollen die Abschreibungsdauer nur bei den Anlagen auf 50 Jahre senken, die nach dem Jahr 2000 gebaut wurden. Aus Sicht von René Baggenstos könnten die Erdgasunternehmen für den grösseren Teil der Ausstiegskosten schlicht selber aufkommen. «Die Gasbranche hat in den letzten Jahren enorme Summen verdient», sagt er. «Viele Unternehmen haben hohe Reserven, die sie über die nächsten Jahre auflösen können.»

Die IWB entgegnen, dass die Gewinne aus der Vergangenheit tatsächlich helfen, die Wärmeversorgung für eine Zukunft ohne Öl und Gas umzubauen. «Die steigenden Investitionskosten müssen sich jedoch auch in adäquaten Tarifen und Beiträgen abbilden lassen», sagt Sprecherin Gianferrari. Sonst drohe dem Unternehmen ein «Substanzverlust».

Dazu kommt: Selbst mit steigenden Tarifen wird das Geld nicht reichen. Die Basler Politik berät darum bereits darüber, den IWB unter anderem ein zinsloses und «bedingt rückzahlbares» Darlehen in der Höhe von 110 Mio. Fr. zu gewähren.

Was den Gasversorgern in der Schweiz bevorsteht, lässt sich auch in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Metropolitankonferenz Zürich nachlesen: Strengere Bauvorschriften und Förderprogramme führen dazu, dass Hauseigentümer auf Fernwärme oder Wärmepumpen umsteigen. Damit gehen diese der Gasversorgung «als Kunden verloren».

Wer am Gasnetz bleibt, trägt die Folgen: Die Netzkosten «bleiben gleich hoch und müssen auf weniger Absatz verteilt werden». Wer als Gasbezüger dann etwas fürs Klima tun will, kann zwar einen Anteil Biogas verbrennen – doch dieses ist teurer.

Versorgungssicherheit: Der Bund prüft spezielle Gaskraftwerke

Sogenannte Gas-Peaker könnten die Stromversorgung bei Knappheit stützen. Der Bund will zudem einen tieferen Stromverbrauch im Winter.

Ein Gaskraftwerk in Deutschland.

Trianel

Mit dem Rahmenabkommen ist auch das Stromabkommen mit der EU gescheitert. Damit wird noch unsicherer, ob die Schweiz künftig genug Strom importieren können. Der Bund reagiert nun und prüft eine Reihe von Gegenmassnahmen.

Eine ist der Bau mehrerer Gas-Peaker-Kraftwerke. «Sie sind eine Option, die derzeit näher angeschaut wird», bestätigt Marianne Zünd, Sprecherin des Bundesamtes für Energie (BfE). Gas-Peaker – übersetzt «Gaskraftwerke für die Abdeckung von Verbrauchsspitzen» – kommen nur bei Engpässen zum Einsatz. Die übrige Zeit sind sie im Stand-by. In den USA gibt es rund 1000 solcher Kraftwerke. Viele sind so leistungsfähig wie ein kleines AKW.

Klimaneutralität ist Pflicht

In der Schweiz müssten diese Gas-Peaker laut Zünd aber klimaneutral sein. Entweder, indem sie Biogas einsetzen oder Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Weitere Optionen sind die Abscheidung und unterirdische Einlagerung des ausgestossenen CO₂ oder der Kauf von Emissionszertifikaten.

Der Bund klärt ab, wo die Anlagen stehen müssten. «Die Standorte sind wichtig, weil die Kraftwerke vor allem für die Unterstützung der Netzstabilität gedacht sind», erklärt Zünd.

Neben den Gas-Peakern überlegt sich der Bund weitere Gegenmittel. «Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des fehlenden Stromabkommens geht es jetzt um Massnahmen, die sich kurz- bis mittelfristig umsetzen lassen», sagt Zünd. «Darauf liegt der Fokus der laufenden Abklärungen.»

Sparen durch Ersatz von Elektroheizungen

Einiges Potenzial sieht das BfE bei der Stromeffizienz. Ganz oben stehen die elektrischen Widerstandsheizungen, die besonders verschwenderisch mit Strom umgehen. Würden sie alle ersetzt, «könnten im Winter rund 2,7 Terawattstunden (TWh) Strom eingespart werden», sagt Zünd. Das sei fast so viel, wie das AKW Mühleberg im Jahr produzierte.

Weitere 3 TWh an Einsparungen liegen laut BfE bei der Beleuchtung drin, mehr als die Hälfte davon im Winter, wenn der Strom knapp ist.

Ein Einsparpotenzial von bis zu 6 TWh pro Jahr sieht das BfE bei Elektromotoren, die etwa Pumpen oder Kompressoren antreiben. Den Verbrauch im Winter entlasten könnten auch Grossverbraucher, die bei Knappheit ihre Anlagen abschalten. «Wir prüfen alle Möglichkeiten, insbesondere auch, wie rasch diese Potenziale erschlossen werden können», sagt Zünd.

Dazu passt

CO₂-Reduktion: Vermeiden genügt nicht – es braucht auch Einlagerung

David Strohm 10.07.2021

MEINUNG

Klimakrise: Wie die Gasbranche auf die eigene Werbung hereinfiel

Jürg Meier 10.07.2021

Mehr zum Thema

Klimaschutz: Der Bund will den Gasverbrauch senken

Die Bundesbehörden läuten das Ende der Gasheizung ein und wehren sich gegen neue Kraftwerke. Der Branche geht das zu weit.

Jürg Meier und Marc Gusewski

Banken drehen Öl- und Gasheizungen den Hahn zu

Weil Alternativen marktreif sind, drohen fossil beheizten Liegenschaften höhere Hypozinsen.

Harter Kampf um Erdgaskunden

Die Wettbewerbskommission hat gegen den Willen der Branche den Markt geöffnet. Jetzt herrscht Chaos.

Jürg Meier

Nur für Sie

Roger Schawinski startet
Impf-Tombola

Peter Hossli

MEINUNG

Wir müssen lernen, mit
dem Virus zu leben – also
fangen wir an

Daniel Meier

Wer Homo
segnet, risl

Daniel Friedli

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.